



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### **Souveränität in der Rüstungspolitik stärken – Landesverteidigung als nachhaltig anerkennen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Deutschland und seine internationalen Partner mit zunehmend komplexen und dynamischen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert werden. Augenfällig wird dies am Überfall Russlands auf die Ukraine. Deutschland braucht daher eine verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik, die unsere Werte und Interessen im Verbund mit unseren Partnern und Verbündeten in EU und NATO wirksam umsetzt. Entscheidend hierfür ist auch eine kohärente Rüstungspolitik. Rüstungspolitische Souveränität stellt die auftragsgemäße Ausstattung der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte sicher und ermöglicht die Unterstützung internationaler Partner. Bayern muss seinen Beitrag leisten, um die rüstungspolitische Souveränität zu stärken.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass Landesverteidigung rechtlich wie finanzfachlich als nachhaltig anerkannt und die Finanzierung des bayerischen Mittelstandes im wehrtechnischen Bereich gesichert wird.

### **Begründung:**

Tatsächlich sind Frieden und Sicherheit die Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit und leisten so einen fundamentalen Beitrag zur Nachhaltigkeit. Bayern ist ein Land mit einer starken mittelständisch geprägten Rüstungsindustrie. Diese ist essenziell für die Ausstattung und die Versorgung der Bundeswehr und unserer Verbündeten mit modernster Ausrüstung. Zudem sichert die wehrtechnische Industrie in Bayern mit ihren ca. 70 Unternehmen, die direkt oder indirekt (z. B. als Zulieferer) im Bereich Wehrtechnik tätig sind, schätzungsweise über 100 000 Arbeitsplätze (Angaben laut Schriftlicher Anfrage des Abgeordneten Albert Duin (FDP) vom 14.03.2022 betreffend Rüstungsindustrie in Bayern (ohne Drucklegung)). Allerdings sieht sich die wehrtechnische Industrie zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, dass die Nachhaltigkeitsgrundsätze der Banken eine Finanzierung wehrtechnischer Projekte zunehmend erschweren oder unmöglich machen.

So hat unter anderem die BayernLB Ende des vergangenen Jahres die „Leitplanken der Transformation“ vorgelegt. Darin heißt es: „Die BayernLB engagiert sich grundsätzlich nicht in der Rüstungsfinanzierung.“ Eine Finanzierung von Rüstungsgütern sowie die Finanzierung von Unternehmen, deren Rüstungsanteil mehr als 20 Prozent des Umsatzes ausmacht, sind damit ausgeschlossen. Dies wird damit begründet, dass die Bank ihre Geschäftsstrategie konsequent nachhaltig ausrichte. Der Text impliziert, dass Landesverteidigung kein sozial nachhaltiges Ziel darstelle.

Die Geschäftspolitik der Banken sollte nicht staatlich vorgegeben werden. Die Politik hat aber dafür zu sorgen, dass die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten in der allgemeinen Debatte wieder als nachhaltiges und erstrebenswertes Ziel anerkannt

wird und dies Niederschlag in den Geschäftsgrundsätzen der Finanzbranche findet – zumal in der Branche die strengen Vorgaben der Sozialen EU-Taxonomie in vorausgehendem Gehorsam sogar übererfüllt werden. Die starke und wichtige wehrtechnische Branche darf nicht einfach vom Zugang zu Finanzierung vor Ort abgeschnitten werden. Dies hätte negative Konsequenzen für die Verteidigungsfähigkeit und strategische Unabhängigkeit.

Die Staatsregierung muss jetzt ihrer Verantwortung gerecht werden. Der Mittelstand in der wehrtechnischen Industrie braucht verlässliche Partner, um die rüstungspolitische Souveränität Deutschlands zu sichern.